



Ohne Klimaschutz kein zukünftiger Wohlstand – falschen Gegensätzen entgegentreten

--- Fünf zentrale Handlungsfelder ---

Mit der bevorstehenden Bundestagswahl entscheidet sich auch der klimapolitische Kurs Deutschlands: ambitioniert Kurs auf die Klimaneutralität halten - oder diese durch falsche Lösungen verpassen.

Im Zentrum der derzeitigen Diskussion stehen die vermeintlich hohen Kosten von Klimaschutzmaßnahmen. Dabei wird vieles unzulässig vermengt. Oft wird nicht zwischen zusätzlichen und ohnehin notwendigen Investitionen unterschieden, die volkswirtschaftlichen Kosten des Nicht-Handelns ignoriert und ein Gegensatz zwischen Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz konstruiert.

Selbstverständlich ist Kosteneffizienz zentral, um auf dem Weg zur Klimaneutralität schnell voranzukommen und Wirtschaft und Gesellschaft mitzunehmen. Aber der Versuch, sich möglichst lange an die Geschäftsmodelle der letzten Jahrzehnte zu klammern, statt mutig in die Zukunft zu investieren, ist eine klimapolitische und volkswirtschaftliche Bankrotterklärung. Erfolgreich bestehen wird die deutsche und europäische Wirtschaft nur, wenn jetzt der Wandel vorangetrieben wird: mit den richtigen Rahmen- und Förderbedingungen für Umbau und Innovation und der Ausschöpfung des Potenzials bereits bestehender Technologien. Statt kurzfristiger Optimierung muss die klimapolitische Strategie die Gesamtwirtschaftlichkeit von Klimaschutz im Blick haben und auch die sozialen Auswirkungen mitdenken. Nicht zuletzt gilt: Ausbleibender Klimaschutz ist die größte Gefahr für Wohlstand und Sicherheit.

Ein solch ganzheitlicher Blick zeigt: was derzeit von einzelnen politischen Parteien und Industrieverbänden unter den Schlagwörtern Technologieoffenheit, Kosteneffizienz und Pragmatismus vorgeschlagen wird, würde Klimaschutz

01. in vielen Fällen teurer machen,
02. sozial gerechten Klimaschutz erschweren, und
03. wichtige wirtschaftliche Chancen verspielen.

In Summe wird so das Erreichen der Klimaziele schwer bis unmöglich gemacht und dem Wirtschaftsstandort nachhaltig geschadet.

Wir skizzieren im Folgenden fünf zentrale klimapolitische Handlungsfelder für die nächste Bundesregierung.

01. Erneuerbare weiter konsequent ausbauen: Abhängigkeit von Importen und Kosten senken

Erneuerbare Energien sind das Fundament der Energieversorgung in Deutschland und das Rückgrat für die effiziente Dekarbonisierung der gesamten Volkswirtschaft. Wind- und Solarenergie sind die tragenden Säulen der künftigen Energieversorgung und die kostengünstigsten Erzeugungstechnologien. Mit etwa 55 Prozent Anteil am Bruttostromverbrauch in 2024¹ sind erneuerbare Energien das neue Normal des deutschen Strommixes. Das hat in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass das deutsche Jahresklimaziel eingehalten werden konnte, obwohl die Sektoren Verkehr, Gebäude und Industrie nicht ausreichend Reduktionen liefern. Erneuerbare haben die Stromerzeugung der 2023 vom Netz gegangenen letzten Atomkraftwerke im selben Zeitraum mehr als kompensiert.

Die Investitionen in erneuerbare Energien haben sich mehrfach bezahlt gemacht - sie haben weltweit eine Revolution dieser Technologien ausgelöst, die schneller voranschreitet als selbst die ambitioniertesten Projektionen vorhergesagt haben. Und sie haben Deutschland in massivem Umfang Kosten für fossile Importe eingespart, 2021 allein ca. 26 Mrd. Euro². Die Gestehungskosten von Windturbinen und PV-Anlagen sind konkurrenzlos günstig im Vergleich zu fossilen Erzeugungsarten. Es ist daher wichtig, zwischen Strom- und Energieimporten zu unterscheiden. Der Stromsektor ist der Sektor mit der größten Unabhängigkeit von Importen. 2024 wurden 96 Prozent des Stromverbrauches inländisch produziert, davon ca. 60 Prozent auf Basis erneuerbarer Energien. Die restlichen vier Prozent Stromimporte wiederum waren auch zur Hälfte erneuerbar³.

Dagegen ist der Verkehrssektor, der für den Straßenverkehr aktuell hauptsächlich auf teures Öl angewiesen ist, deutlich abhängiger: nahezu 100 Prozent der benötigten Energie für Verbrennungsmotoren werden importiert, dasselbe gilt für die Versorgung von Öl- und Gasheizungen. Deutschland ist also in hohem Maße abhängig von teuren Kohle-, Öl- und Gasimporten für das Verbrennen in Autos, Heizungen, fossilen Kraftwerken und Industrieanlagen. Sie sind ökonomisch teuer und auch politisch riskant, weil sie allzu oft Abhängigkeiten von autokratischen Regimen bedeuten.

Die Umstellung auf elektrische Antriebe, Heizungen und Industrieprozesse steigert entsprechend die energiepolitische Resilienz in geopolitisch unsicheren Zeiten.

Vermeintliche Lösungen wie (klimaschädlicher) blauer Wasserstoff und (nicht verfügbares, ineffizientes) CCS an Gaskraftwerken oder das Hinauszögern der E-Mobilität durch Scheinlösungen wie E-Fuels verlängern diese Abhängigkeiten hingegen in die Zukunft. Zudem sind deutsche Unternehmen bei Technologien rund um das Management eines Erneuerbaren

¹ Agora Energiewende (2025): Die Energiewende in Deutschland: Stand der Dinge 2024. Rückblick auf die wesentlichen Entwicklungen sowie Ausblick auf 2025.

² Becker, L. & Ulrich, P. (2022): Importeinsparungen fossiler Brenn- und Kraftstoffe durch Energieeffizienzgewinne und den Ausbau erneuerbarer Energien. Fortschreibung für die Jahre 2019 und 2020 sowie vorläufige Ergebnisse für das Jahr 2021.

³ Agora Energiewende (2025)

Energiesystems und Elektrifizierung sehr gut aufgestellt und haben große Chancen auf neue Wertschöpfung - wenn die Politik hier klar die Signale in Richtung Zukunft stellt.⁴

Erneuerbare Energien tragen maßgeblich zur lokalen Wertschöpfung bei. Durch Bürger:innen-energie-Projekte und die finanzielle Beteiligung von Kommunen und Bürger:innen fließen die wirtschaftlichen Vorteile direkt in die lokale Gemeinschaft zurück. Die Installation von Windkraft- und/oder Freiflächen-PV-Anlagen wird für viele ländliche Kommunen die größte Investition der nächsten Jahrzehnte sein. Dies stärkt die Wirtschaftskraft der Kommunen und Bürger:innen

Die Energiewende darf nicht ausgebremst werden, daher braucht es:

- Den konsequenten, beschleunigten und naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien unter Beteiligung von Bürger:innen und Kommunen
- Ein Strommarktdesign, dass auf 100 Prozent erneuerbare Energien ausgerichtet ist
- Klarer Fokus auf die Elektrifizierung von Nachfragesektoren wie Gebäude und Verkehr, um das Klima zu schützen, Importabhängigkeiten zu reduzieren und Chancen für neue Wertschöpfung zu nutzen

02. Wärme wenden – Kurs auf klimaneutrales Heizen bis spätestens 2040

Mehr als vier Fünftel der Häuser in Deutschland werden noch immer klimaschädlich mit fossilen Brennstoffen oder fossiler Fernwärme geheizt. Immer mehr Menschen haben Angst vor der nächsten Heizkostenrechnung. Die Energiekrise nach dem russischen Überfall auf die Ukraine hat die Verletzlichkeit durch fossile Abhängigkeit drastisch vor Augen geführt.

Es ist also aus vielen Gründen vernünftig, dass die EU-Staaten das Ziel beschlossen haben, bis 2040 klimaneutral zu heizen und die Gebäudesanierung als zentralen Hebel gegen Energiearmut zu nutzen. Mit der Reform der Vorgaben zu Heizungen im Gebäudeenergiegesetz (GEG) und dem dazugehörigen Wärmeplanungsgesetz für die kommunale Ebene gibt es endlich einen Einstieg in die Wärmewende. Doch allzu generöse Übergangsfristen und die fast maximale Technologieoffenheit sind ein Problem, für den Klimaschutz und für die Verbraucher:innen.

Statt klar die günstigsten Heiztechnologien Wärmepumpen und die dekarbonisierte Fernwärme für die Mehrzahl von Gebäuden zu priorisieren sind im GEG unter bestimmten Voraussetzungen etwa auch Wasserstoff (ready)- oder Biomasse-Heizungen und Mischformen zulässig. Der sukzessiven Beimischung von Biomethan wird Vorschub geleistet, um die Erneuerbaren-Quote zu erfüllen. Die Optionen haben gemeinsam, dass sie sehr teuer bzw. noch gar nicht verfügbar sind. Biomethan und Biomasse (wie Holz/ -pellets) sind außerdem knappe Ressourcen, der gestresste Zustand unserer Wälder macht das Verheizen von Holz zunehmend kritisch. Unterm Strich bedeuten diese vermeintlichen technologieoffenen Optionen das noch jahrelange Weiter-So für das Verbrennen von klimaschädlichem Erdgas.

Diese theoretische Vielzahl von Möglichkeiten hemmt außerdem die Investitionsbereitschaft: der Absatz von Wärmepumpen ist eingebrochen, Gasheizungen wurden wieder auf Rekord-

⁴ BDI Transformationspfade Studie aus dem Jahr 2024: <https://bdi.eu/artikel/news/transformationspfade-fuer-das-industrieland-deutschland-studie-langfassung>, S.5

niveau eingebaut. Letztlich erhöhen sich dadurch die Kosten für Verbraucher:innen aufgrund steigender CO₂-Preise, Handwerksunternehmen und Heizungshersteller geraten in Schieflage, der Umstieg wird verzögert und die Klimaziele nicht erreicht. Doch statt diese Fehlanreize zu korrigieren, wird nun aus Teilen der Politik eine Rückabwicklung des GEG propagiert, um mit der Unsicherheit in der Bevölkerung Wahlen zu gewinnen. Handwerksbetriebe, aber auch der BDI warnen davor, die Regelungen wieder zurückzunehmen. Jetzt braucht es Planungs- und Investitionssicherheit, damit die Emissionen im Gebäudebereich endlich sinken.

Ein Drittel der Kommunen bundesweit hat bereits mit der Wärmeplanung begonnen, viele haben diese schon abgeschlossen. Allerdings ist die Umsetzung der Planung bisher nicht verpflichtend, auch (verbraucherschützende) Qualitätskriterien gibt es nicht. Die Kommunen stehen außerdem vor dem Problem, dass sie absehbar überflüssige Gasleitungen nicht stilllegen oder transformieren dürfen, weil die gesetzlichen Regelungen fehlen. Diese Leitungen drohen zu einem Kostendesaster für Kommunen und angeschlossene Verbraucher:innen zu werden.

Besonders kosten- und klimaeffizient ist die Wärmewende außerdem erst dann, wenn zugleich die energetische Modernisierung des Gebäudebestands stark vorangetrieben wird. Aufgrund europäischer Richtlinien muss sich Deutschland hier schnell auf neue Instrumente einigen. Doch bisher liegen keine geeigneten Maßnahmenvorschläge vor.

Die Wärmewende braucht jetzt Klarheit und Beschleunigung, dazu gehört:

- Heizungen: Kostenfallen für Verbraucher*innen ausklammern, Austausch verlässlich fördern und zeitlich vorziehen.
- Kommunale Wärmepläne verpflichtend umsetzen
- Gebäudesanierungen: klare Mindeststandards für die Effizienz von Gebäuden und sozial gerechte Förderung
- Gasnetztransformation durch Umsetzung von EU-Vorgaben ermöglichen

03. E-Autos fördern, statt mit falsch verstandener Technologieoffenheit globale Trends zu verpassen

Die EU-Flottengrenzwerte für Pkw – der viel diskutierte Verbrenner-Kompromiss – sind keineswegs ein Verbot von bestimmten Technologien. Sie erlauben Automobilherstellern verschiedene Wege Klimaschutzvorgaben einzuhalten und sind seit langem im Austausch mit der Industrie - und mit Zugeständnissen an diese - ausgehandelt worden. Die Flottengrenzwerte sind genau die regulatorischen Rahmenbedingungen, die im Sinne langfristiger Planungs- und Investitionssicherheit gefordert werden. Davon nun abzurücken, würde vor allem Unsicherheit produzieren. Ein Wettbewerbsnachteil für diejenigen Firmen, die langfristig planen und ein Nachteil für diejenigen, die sich nach vorne gewagt und in neue Technologien investiert haben.

Dass die deutsche Automobilwirtschaft in der Krise steckt, liegt nicht an den Flottengrenzwerten, sondern daran, dass der weltweite Bedarf nach E-Autos stetig steigt und die deutschen Hersteller nur wenig marktfähige Modelle im Angebot haben. Zu lange haben sie auf große, luxuriöse und teure Verbrennerfahrzeuge gesetzt. Investitionen in innovative Ideen und vor allem kleine, energie- und ressourcensparende Fahrzeuge wurden vernachlässigt und so

rasant Anteile auf zentralen Märkten wie China (E-Auto-Anteil 2023: 37 Prozent; Anteil von Verbrennern auf chinesischem Markt bei VW: 90 Prozent) verloren.

Die wirtschaftlichen Realitäten lauten: Elektromobilität setzt sich global durch und die deutschen Hersteller brauchen eine Antwort darauf, wie sie dieser Entwicklung begegnen und wie sie mit neuen, kleinen Modellen und anderen Mobilitätslösungen attraktive Angebote schaffen. Politisch an einer vermeintlichen Technologieoffenheit festzuhalten, die auch E-Fuels oder biogene Kraftstoffe beinhaltet, kostet Geld, macht Mobilität teuer und wirft die deutsche Automobilindustrie weiter zurück.

Entwicklungen werden verzögert, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter verschlechtert. Stattdessen muss im Sinne einer Technologieklarheit anerkannt werden, dass sich bestimmte Technologien für bestimmte Anwendungsbereiche durchgesetzt haben. Kluge Industriepolitik kann deutschen Firmen in den globalen Märkten helfen, dazu zählen effektive steuerpolitische Maßnahmen wie Bonus-Malus-Systeme, Änderungen bei Kfz-Steuer und Dienstwagenregelung oder social leasing. Wie das geht, zeigen aktuelle Beispiele aus Belgien oder dem Vereinigten Königreich.

Um die Automobilindustrie aus der Krise zu führen und die Klimaziele einzuhalten braucht es:

- Beibehaltung der Flottengrenzwerte, samt eines effektiven Sanktionsmechanismus. Einnahmen aus etwaigen Strafzahlungen nutzen, um die Automobilindustrie in der Transformation zu unterstützen
- Konsequente (steuer)politische Rahmensetzung für die E-Mobilität
- Attraktive Förderprogramme für Elektromobilität auf Europäischer Ebene statt Festhalten an unrealistischen und teuren Scheinlösungen wie E-Fuels

04. Die Stärken des Emissionshandels nutzen – als Teile eines ausgewogenen Policy Mixes!

Einige Akteure aus der Politik fordern derzeit, noch stärker als bisher auf den Emissionshandel als vermeintlich kostengünstigsten Weg zur Dekarbonisierung zu setzen, und andere Instrumente wie Förderprogramme und ordnungsrechtliche Vorgaben zu stützen. Eine Politik, die alleinig auf die Bepreisung von CO₂ setzt, würde derzeit mehr Probleme schaffen als lösen. Das gilt insbesondere in den Bereichen Gebäude und Verkehr, wo ab 2027 der neue Emissionshandel II gilt. Deutschland hat großen Nachholbedarf bei Emissionsminderungen in diesen Sektoren, die nicht auf die Einführung des ETS II und dann ausreichend hohe Preise warten können.

Klimapolitisch schaffen ordnungsrechtliche Vorgaben Planungs- und Investitionssicherheit. Der CO₂-Preis müsste sehr hoch sein, um eine äquivalente Lenkungswirkung zu entfalten und hätte neben sozialen Verwerfungen in Deutschland starke soziale Auswirkungen auch zwischen den Mitgliedsstaaten der EU⁵.

Dementsprechend dramatisch wäre es, ordnungsrechtliche Vorgaben wie das GEG oder den Verbrenner-Kompromiss wieder abzuschaffen. Vielmehr müssen die bisherigen Maßnahmen

⁵ vgl. Görlach et al. 2022: A Fair and Solidarity-based EU Emissions Trading System for Buildings and Road Transport. Report des Kopernikus-Projekt Ariadne: <https://ariadneprojekt.de/en/publication/report-ensuring-the-fairness-and-solidarity-of-the-ets2-for-road-transport-and-buildings/>

trotz vereinbartem CO₂-Preis noch weiter ergänzt werden, damit die Klimaziele erreichbar werden.

Sozialpolitisch helfen Förderprogramme und Investitionen in öffentliche Infrastrukturen auch Menschen mit geringem Einkommen, auf klimafreundliche Alternativen umzusteigen und so ihre Betroffenheit von CO₂-Preisen zu reduzieren. Ein Klimageld kann die Kosten gerecht rückverteilen. Frühzeitige Investitionen in den Klimaschutz bei Gebäuden und Verkehr stehen auch nicht, wie zum Teil behauptet, im Widerspruch zum ETS II, sondern unterstützen diesen und machen volks- wie betriebswirtschaftlich Sinn: Emissionsminderungen durch Anreize oder Ordnungsrecht haben direkt einen bremsenden Effekt auf den CO₂-Preis⁶.

Auch industriepolitisch wäre die Abschaffung der regulatorischen Leitplanken nicht sinnvoll. Beim Verkehr zum Beispiel stehen global alle Zeichen auf E-Mobilität. Deutschland hinkt hier längst hinterher. Ein Aufweichen der Flottengrenzwerte wäre Gift für die Investitionssicherheit der deutschen Automobilindustrie. Nicht zuletzt ist es entscheidend, die europäische Zustimmung zum ETS II aufrecht zu erhalten.

Um kosteneffizient und sozial vertretbar Emissionen zu senken braucht es:

- Regulatorische Leitplanken aus dem Ordnungsrecht beibehalten und zielführend weiterentwickeln
- Frühzeitige Investitionen in Klimaschutz bei Gebäuden und Verkehr ermöglichen: Klimaschädliche Subventionen konsequent abbauen und finanzielle Voraussetzungen schaffen für die Elektrifizierung in der Industrie, Elektromobilität und Wärmepumpen
- Soziale Ausgewogenheit durch gezielte Förderprogramme und Klimageld sicherstellen
- Klimapolitik mit industriepolitischen Maßnahmen flankieren, um neue Wertschöpfung zu ermöglichen!

05. Die Bremse für Zukunftsinvestitionen lösen – Klimaschutz-Investitionen sind die Wertschöpfung von morgen

Die Finanzbedarfe für den Umbau zur Klimaneutralität sind enorm. Ganz entscheidend ist: der größte Teil dieser Mittel sind Investitionen des Privatsektors und von Privatpersonen – und es sind Investitionen in zukünftige Wertschöpfung und die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern und den damit verbundenen Kosten.

Aber auch der öffentlichen Hand kommt bei diesen Investitionen eine wichtige Rolle zu: direkt, zum Beispiel beim Ausbau von Infrastrukturen, genauso wie indirekt: wenn es darum geht, Menschen, Kommunen und Unternehmen durch kluge und effiziente Ko-Finanzierung Investitionen in die Klimaneutralität zu ermöglichen.

Die meisten Ökonom:innen, ob arbeitgeber- oder arbeitnehmernah, sehen in Investitionen in die Klimaneutralität einen Schlüssel für zukünftige Wettbewerbsfähigkeit, die daher nicht von

⁶ vgl. Agora Energiewende und Agora Verkehrswende (2023): Der CO₂-Preis für Gebäude und Verkehr. Ein Konzept für den Übergang vom nationalen zum EU-Emissionshandel, https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2023/2023-26_DE_BEH_ETS_II/A-EW_311_BEH_ETS_II_WEB.pdf, S.38

der Schuldenbremse ausgebremst werden sollten⁷. Klimaschutzinvestitionen der öffentlichen Hand lösen ganz direkt (etwa in Form der Klimaschutzverträge) oder indirekt private Investitionen und zukünftige Wertschöpfung aus (etwa durch den Ausbau von Infrastrukturen).

Klimaschutz funktioniert deshalb nicht als Nullsummenspiel. Investitionen in den Klimaschutz im Wesentlichen auf die Einnahmen aus dem Emissionshandel zu beschränken greift zu kurz: die notwendigen Klimaschutzinvestitionen gehen mit mindestens 60 Milliarden Euro pro Jahr bis 2030 weit über die Einnahmen des Emissionshandels hinaus⁸.

Und wir brauchen Investitionen in vielen Bereichen. Auch unabhängig von Klimaschutz stehen viele Branchen und öffentliche Infrastrukturen vor ohnehin notwendigen neuen Investitionen. Das macht etwa $\frac{2}{3}$ aller benötigten Mittel aus. Diese Investitionen zielgerichtet mit der Erreichung der Klimaneutralität zu verknüpfen ist zentral. Dafür braucht es die richtigen Rahmenbedingungen. Zum Beispiel können neue Finanzierungskonzepte für die Kosten des Netzausbaus ein sinnvoller Ansatz zur Entlastung von Unternehmen und Verbraucher:innen genauso wie für den Klimaschutz sein. Das darf aber nicht gegen andere Klimaschutzinvestitionen ausgespielt werden: Die gezielte Förderung von Investitionen in den klimaneutralen Umbau der Industrie oder Förderprogrammen für die Wärme- und Verkehrswende sind nicht minder wichtig.

Und nicht zuletzt: eine stabile und verlässliche Finanzierung von kommunalem Klimaschutz ist zentral für Fortschritte in den kommenden Jahren. Aus Sicht vieler Stakeholder und Expert:innen wäre die Einrichtung einer bürokratiearmen Gemeinschaftsaufgabe Klimaschutz und -Anpassung dafür die beste Lösung.

Um Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen und privates Kapital zu hebeln braucht es:

- Eine umfassende Reform der Schuldenbremse
- Eine Neukalibrierung der Finanzierung der Transformation. Ein Großteil der Investitionen in die Modernisierung des Landes wird nicht über Umlagen zu finanzieren sein, es braucht die richtigen Strukturen und Anreize für die Hebelung privater Investitionen in Klimaschutztechnologien und Infrastrukturen
- Eine deutlich stärkere Beteiligung großer Vermögen an den Kosten der Transformation

Berlin, 30.01.2025

⁷ vgl. beispielhaft dieses gemeinsame Policy Papier des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK):

https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2024/IW-Policy-Paper_2024-Investitionsbedarfe.pdf

⁸ vgl. etwa die BDI Transformationspfade Studie aus dem Jahr 2024:

<https://bdi.eu/artikel/news/transformationspfade-fuer-das-industrieland-deutschland-studie-langfassung>